

Integration

Humanitär ausgerichtete Flüchtlingspolitik: Die zugesagte angemessene, möglichst dezentrale Unterbringung wird aufgrund der gestiegenen Zahlen nicht realisiert.

Härtefallkommission: Die geplanten Veränderungen erschweren den Zugang zur HFK.

Landesaufnahmeprogramm: Nach Prüfung des Vorhabens wird es wegen der hohen Zugangszahlen und der Bundesprogramme doch kein eigenes Programm des Landes geben.

Zukunftsfähiges Europäisches Asylsystem: Entscheidung für Grenzverfahren, Inhaftierung, Abschottung; Reform des Dublin-Systems wird dadurch unmöglich.

Einwanderungsgesetz stärken und Einbürgerung fördern: Umsetzung des Fachkräfteeinwanderungsgesetzes im Bund weiterhin konstruktiv begleiten.

Nachholen von Schulabschlüssen und Beschulung bis zum 25. Lebensjahr: Es fehlt eine Strategie gegen Abbrüche bzw. zur Motivation. Abschlüsse nachzuholen.

Zukunftsfähige AfA und Strukturen der Fluchtaufnahme: aktuell situationsbedingt kein Konzept erkennbar; momentanes Ziel: Vermeidung von Obdachlosigkeit.

Freiwillige Ausreise und Abschiebungen: Ausbau der Rückkehrberatung darf nicht zu Kürzungen anderer Programme führen; Abschiebungshaftvollzugsgesetz: Inhalte noch unbekannt.

Interkulturelle Öffnung: keine flächendeckenden Konzepte, Umsetzung verläuft sehr langsam.

Ausbau der psychosozialen Zentren: Umsetzung durch neue Förderrichtlinie erfolgt; Problem: Wegfall von Angeboten aufgrund der Mittelkürzungen im Bund.

Engagement in der Fluchtaufnahme: Umsetzung einer überquotalen Aufnahme.

Unterstützung ehrenamtlichen Engagements und Fortsetzung von Beteiligungsstrukturen: Umsetzung weiterhin erfolgreich.

Inklusion

Landesfachstelle Barrierefreiheit: Bislang nicht umgesetzt.

Weiterentwicklung des Programms zur Dezentralisierung komplexer Wohneinrichtungen der Eingliederungshilfe: noch keine Aktivitäten – zumindest nicht mit Einbindung der Wohlfahrtsverbände.

Aktionsplan seelische Gesundheit: noch keine Aktivitäten bekannt.

Anspruch auf Kommunikation in Gebärdensprache: Ist zwar gesetzlich geregelt, aber in öffentlichen Stellen, Schulen und Kitas nicht zuletzt wegen fehlender Dolmetscher nur punktuell umgesetzt.

Einrichtung einer unabhängigen Monitoringstelle (UN-BRK): Gesetzentwurf liegt vor.

Engagement in der Fluchtaufnahme: Umsetzung einer überquotalen Aufnahme.

Unterstützung ehrenamtlichen Engagements und Fortsetzung von Beteiligungsstrukturen: Umsetzung weiterhin erfolgreich.

Ehrenamt

Landesweite Ehrenamtsstrategie: leider kein Bestandteil des Koalitionsvertrages.

Förderung ehrenamtlichen Engagements: keine Aufstockung seit 20 Jahren, zumal nicht Bestandteil des Koalitionsvertrages.

Ehrenamt in der Bildungsfreistellung: Sachstand zur Schaffung einer rechtlichen Grundlage aktuell unbekannt.

Das Thema Ehrenamt ist in der Landespolitik gesetzt: findet Ausdruck u.a. im Landesnetzwerk Ehrenamt, Digitalisierung im Ehrenamt (z.B. Offene Kanäle/ Bürger*innenmedien, Fortbildungen und Technikverleih, Digitale Teilhabe für Alle, Digitalbotschafter*innen), Ehrenamtstag, Ehrenamtskarte, Ehrenamtspreise.

Suchthilfe

Modernisierung der Drogen- und Suchthilfe durch den Ausbau digitaler Angebote: kein weiterer personeller Ausbau in den Beratungsstellen trotz zu erwartender steigender Bedarfe.

Modellprojekt Substanzanalyse von Drogen: Zurückhaltung ggü. einem Modellprojekt, zumal keine Drogenkonsumräume existieren.

Modernisierung der Drogen- und Suchthilfe durch den Ausbau digitaler Angebote: Förderung des Beratungsportals DigiSucht im Modellbetrieb seit 10/2022 (bis 12/2023) mit Perspektive der Fortsetzung.

Neue Betreuungs- und Unterstützungsformen in der Teilhabe Suchtkranker: Programm der einmaligen Förderung von Sachmitteln für jede Beratungsstelle im Jahr 2023.

Suchtprävention an Schulen und in der Jugendarbeit: keine flächendeckende Versorgung mit Präventionsfachkräften; durch die Einführung des CannabisG ist mit erhöhtem Bedarf an zielgruppenspezifischer Prävention zu rechnen.

DigiSucht: kostenfreie Schulungen für alle Fachkräfte, Durchführung eines barcamps.

Finanzierung Landeskoordination DigiSucht und Landesstelle: Projektförderung im Jahr 2023 mit Perspektive der weiteren Förderung 2024.

Suchtprävention an Schulen und in der Jugendarbeit: Ausweitung des Fachkräfteprogramms Suchtprävention um 3,5 VZÄ.

Bauen und Wohnen

Bezahlbare Mieten: Sachstand zur Evaluation der Wirkung von Kappungsgrenzen und Mietpreisbremse unbekannt.

Bezahlbares Wohnen/Sozialbindung: z.T. umgesetzt, es fehlt aber grundsätzlich an bezahlbarem Wohnraum.

Fortführung der sozialen Wohnraumförderung: umgesetzt.

Mobilität für alle

365-Euro-Ticket für junge Menschen: Ist für 2024 geplant.

Vernetzte Verkehrsangebote – nachhaltige Mobilität: Der Ausbau des ÖPNV im Sinne einer sozial und ökologisch gerechten Mobilitätskultur müsste forciert werden, v.a. im Hinblick auf die Anbindung des ländlichen Raums.

Ernährung

Abgabe abgelaufener Lebensmittel an Foodsharing und Initiativen: Abgabe noch genießbarer Lebensmittel aus dem Handel könnte noch gesteigert werden; politischer Diskurs zu Zielgruppen und konzeptioneller Ausrichtung (Armutsbekämpfung? Trend?) nötig.

Halbzeit...

31

Vorhaben nicht gestartet

31

Vorhaben in Planung

21

Vorhaben realisiert

...aber die Hälfte ist noch längst nicht geschafft!

Eine Ampel für die Ampel!

Die Hälfte der Legislaturperiode der rheinland-pfälzischen Ampel-Koalition aus SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP ist vorüber – ein guter Zeitpunkt, um eine vorläufige Bilanz zu ziehen und die bisherigen Erfolge und noch ungelösten Herausforderungen der Landesregierung zu beleuchten.

Die „Koalition des Aufbruchs und der Zukunftschancen“ hat sich im Jahr 2021 viele Vorhaben in ihren „Zukunftsvertrag“ geschrieben, die die Arbeit der Freien Wohlfahrtspflege im Land unmittelbar und mittelbar betreffen. Seit ihrem Amtsantritt im Jahr 2021 hat die Ampel-Koalition eine Vielzahl davon initiiert und wegweisende Entscheidungen getroffen; andere Vorhaben warten noch auf ihre Realisierung.

In diesem speziellen Format, einer Ampel für die Ampel, bewerten wir anhand ausgewählter, die Verbände der Freien Wohlfahrtspflege betreffenden Vorhaben, Sachstand und Qualität ihrer bisherigen Umsetzung aus unserer Perspektive – dabei: abschließend umgesetzte Vorhaben in grün, in Planung bzw. Anfängen ihrer Umsetzung in gelb und noch nicht in Angriff genommene Vorhaben in rot.



Kontakt:

LIGA der Freien Wohlfahrtspflege in Rheinland-Pfalz e.V.
 Regine Schuster (Vorsitzende),
 Sylvia Fink (Geschäftsführerin)
 Löwenhofstr. 5
 55116 Mainz
 Tel.: 06131-22 46 08
 Mail: info(at)liga-rlp.de
 URL: www.liga-rlp.de

Beste Bildung für alle Kinder

Ausbau Ganztags: rein quantitativ, nicht qualitativ.

Schulabschlüsse für alle: 10-Jahres-Vergleich für RLP zeigt steigende Tendenz von Jugendlichen ohne Schulabschluss (2011: 5,8 %/ 2020: 7,4 %), Verbesserung nicht in Sicht.

Unterstützung der Träger bei der bedarfsgerechten Ausweitung der Öffnungszeiten: Reduzierungen von Öffnungszeiten dominieren aufgrund geänderter BE.

Gendergerechte Sprache: Keine Aufnahme in die kürzlich vorgelegte Schulordnung.

Bildungserfolg in RLP ist keine Frage der sozialen Herkunft: Es gibt keine Kriterien, an denen dies fest- und überprüfbar gemacht wird.

KitaG: Einbindung der Freien Träger in Konzipierung der Evaluation; Transparenz und Beteiligung fehlen (noch).

Frühkindliche Bildung: Voraussetzungen hierfür werden schlechter; frühe Bildung muss unbedingt breiter gedacht werden; Strukturen der institutionellen Frühen Bildung müssen solide aufgestellt werden.

Schaffung sehr guter Rahmenbedingungen zum Aufwachsen und Lernen: Das vom KitaG angekündigte Versprechen flächendeckend gleicher, guter Standards wird nicht eingelöst; Rahmenbedingungen vor Ort sind äußerst heterogen und abhängig von der finanziellen Lage der Kommunen.

7 Stunden Betreuungszeit in der Kita: kritische Prüfung des tatsächlichen Bedarfs von nöten.

Partizipationskultur/Demokratiebildung: Wie können Familien erreicht werden, die bislang keine Motivation oder Kenntnis von Elternarbeit hatten?

Fachkräftegewinnung: Kampagne und Aktionsforum grundsätzlich gut, sollten aber auf Wirksamkeit überprüft werden.

Multiprofessionelle Teams: pragmatischer Plan B zur Kompensation des Fachkräftemangels oder Qualitätskriterium früher Bildung und damit pädagogisch fundiertes Konzept?

Soziales/Armutsbekämpfung

Zentrale Fachstelle zur Koordination aller Aktivitäten im Kontext Armutsbekämpfung sowie lokale Servicestellen: noch nicht umgesetzt und damit keine Einbindung in die kommunale Sozialplanung.

Verbesserung der Lebensbedingungen in den Sozialräumen: GWA und Sozialarbeit im Quartier wurden bislang nicht strukturell ausgebaut.

Einführung eines kommunalen Sozialpasses: aus Gründen der Verantwortlichkeit nur teilweise realisiert.

Förderprogramm zur Bekämpfung von Kinder- und Jugendarmut: wurde zwar verstetigt, vom Volumen her aber überschaubar; strukturelle Verbesserung kaum möglich.

Alles aus einer Hand: Beantragung staatlicher Transferleistungen muss noch einfacher und übersichtlicher werden.

Einführung einer Kindergrundsicherung: ist auf Bundesebene erfolgt, wenngleich über die Qualität diskutiert werden kann.

Modernisierung der Wohnungslosenhilfe: Ausbau der Clearingstellen umgesetzt.

Weiterentwicklung in der Schuldnerberatung: Nach wie vor keine finanzielle Förderung von Verwaltungs-VZÄ zur Entlastung der Berater*innen und Verkürzung von Wartezeiten.

Modernisierung der Wohnungslosenhilfe: Keine Weiterentwicklung von Angeboten mit den Kommunen über Pilotprojekte hinaus und damit keine bedarfsgerechte und flächendeckende Versorgung.

Weiterentwicklung der Schuldnerberatung: Ausbau in den Hochwasserkatastrophengebieten gelungen, nach wie vor kein nachhaltiger Ausbau der bestehenden Stellen, lediglich Bereitstellung von befristeten Projektmitteln.

Modernisierung der Wohnungslosenhilfe: Fortführung der Vorhaben der 17. Legislatur, darunter Ausbau der Fachberatungsstellen, Realisierung von Housing-First-Projekten.

Modernisierung der Wohnungslosenhilfe: Fortführung der Wohnungsnotfallstatistik als Instrument für Maßnahmen im Bereich Prävention und niedrigschwelliger Angebote zur Wohnraumsicherung.

Kinder, Jugend und Familie

Versorgung psychisch erkrankter Kinder und Jugendlicher: nach wie vor krasse Unterversorgung mit langen Wartezeiten.

Aufwachsen fern von Armut: konstant hohe Armutsgefährdungsquote; Umsetzung der Kindergrundsicherung in RLP völlig unklar.

Verbesserung der Lage von jungen geflüchteten Menschen: Es besteht keine Kenntnis darüber, wo und wie junge Geflüchtete in RLP leben.

Jugendbeirat: Soll unserer Kenntnis nach in Planung sein.

Aufsuchende Jugendsozialarbeit: Förderrichtlinie sieht 50 % Eigenanteil des Trägers vor.

Kompetenzverbund für Kinderschutz: Sachstand unbekannt.

Jugendhilferat: Vorbildliche Unterstützung.

Abschaffung der Kostenbeteiligung bei Heimkindern: Wirkungsvoller Einsatz auf Bundesebene.

KitaG: Das KitaG ist nicht inklusiv und reicht nicht aus, Inklusion in der Praxis umzusetzen; Aufgaben und Verantwortlichkeiten werden hin- und hergeschoben.

Koalitionsvertrag als Zukunftsvertrag: Vereinbarkeit von Familie und Beruf nach wie vor schwierig, v. a. durch den durch die Pandemie verstärkten Fachkräftemangel in den Bildungssituationen.

Beratungsangebote für alle Lebensphasen: grundsätzlich vorhanden, aber im Erhalt in ihrer Existenz aufgrund der unzureichenden finanziellen Ausstattung gefährdet.

Pakt gegen sexualisierte Gewalt bei Kindern und Jugendlichen: Ist eingerichtet, Kinderschutzdienste sind in allen AGs vertreten, konkrete Maßnahmen und Wirkungen stehen noch aus.

Arbeit

Vermittlung in den Arbeitsmarkt verbessern – SGB II zukunftsfest machen: fehlende Zuständigkeit des Landes.

Verstetigung des sozialen Arbeitsmarktes: fehlende Zuständigkeit des Landes.

Soziale Absicherung von Solo-Selbstständigen: Arbeitslosenversicherung nach wie vor nur auf privater Ebene möglich.

Kampf gegen Langzeitarbeitslosigkeit: ist ein kontinuierlich verfolgtes Thema des Landes.

Stärkung des Landestariftreugesetzes: individuelle Interessen und Belange von Branchen – hier: der Freien Wohlfahrtspflege – müssten auch in Verhandlungen stärker berücksichtigt werden.

Entfristung § 16 i SGB II: auf Bundesebene umgesetzt.

Übergang Schule – Beruf: Auflage eigener Landesprogramme.

Frauen

Landesaktionsplan „Mehr Schutz für Frauen“: Noch im Status der Planung.

Pakt gegen sexualisierte Gewalt an Kindern und Jugendlichen: Aus- und Fortbildung von Verfahrens beteiligten erst in Planung.

Strukturelle und finanzielle Unterstützung von Frauen in Notlagen: Es wurden zusätzliche Frauenhäuser geschaffen, second stage-Projekte wurden ebenso wie Kinder-ISTen ausgebaut.

Anlaufstelle für von Gewalt in engen sozialen Beziehungen betroffene Männer: Start eines Pilotprojektes.

Medizinische Soforthilfe nach Vergewaltigung: Modellprojekt ist ausgebaut.